

Ökolumne

## **Beendet endlich die kraftlose Klimapolitik!**

Um das Jahr 2005 setzte die EU international das Zwei-Grad-Ziel beim Klima durch. Das war auch die Zeit, wo Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde. Die Verpflichtungen der Staaten blieben unverbindlich. Die Umweltpolitik hat aber auch in Deutschland versagt. Die Energiewende wurde mit „Abstandsregeln“ und dem „Solardeckel“ beendet. Die Folge davon ist der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung wurde eine „Kohlekommission“ eingesetzt. Deutschland sollte besser sofort vollständig aus der Kohleverbrennung aussteigen. Wir brauchen harte Obergrenzen für den Verbrauch von Natur. Wir können in Deutschland 40% der Endenergie einsparen. Fast 20% des deutschen Gesamtenergieverbrauchs wurde 2020 aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Der Anteil der regenerativ erzeugten Wärme lag bei 15%. Etwa 25% der Klimagase in der EU entstehen durch Gebäude beim Bau und durch die Nutzung.

Die Erneuerbaren Energien decken bereits heute 45% des Stromverbrauchs in Deutschland ab. Dieser Anteil muß weiter steigen. Um die Klimaziele erreichen zu können, müssen wir diese Anlagen auf die vier- bis sechsfache Kapazität von heute ausbauen. Das Stromversorgungsnetz sollte mehr Speicheroptionen und eine lastabhängige Preissteuerung bekommen, um die Klimaziele kosteneffizient zu erreichen. In Energieerzeugungsstrukturen muß langfristig investiert werden und es müssen lange Laufzeiten der Anlagen erreicht werden, damit die Energiekosten niedrig bleiben. Seit 2005 gibt es in der EU den Handel mit Emissionszertifikaten, aber die Preise dafür blieben niedrig, da nur ein sehr kleiner Teil davon versteigert wurde. Erst 2021, am Ende der Ära Merkel, stieg er auf 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Die tatsächlichen Kosten der CO<sub>2</sub>-Emissionen liegen bei 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Ab 2030 brauchen wir einen Preis zwischen 130 bis 150 Euro, um die Emissionsziele erreichen zu können. Solange kein Mindestpreis in diesem System gesetzlich durchgesetzt wird, kann der Emissionshandel auch nicht gut funktionieren. Mit höheren CO<sub>2</sub>-Preisen werden die erneuerbaren Energien im Vergleich zu fossiler Energie konkurrenzfähiger. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollten vollständig für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft verwendet werden. Ein Grenzausgleichsmechanismus ist ein sinnvolles Mittel, um Umweltdumping zu verhindern und um finanzielle Ressourcen für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen. Der internationale Luft- und Schiffsverkehr muß auch endlich mit in den Emissionshandel einbezogen werden. Beim Weltklimagipfel 2010 in Cancún wurde das 2-Grad-Klimaziel erstmals durch eine UN-Vertragsstaatenkonferenz beschlossen. In Paris wurde es auf 1,5 Grad verschärft. Ob wir es noch einhalten können, ist fraglich. Wir sollten alles tun, um die 1,5-Grad-Grenze nicht zu durchbrechen. Dann sind Kippeffekte im Klimasystem unwahrscheinlicher. Aber die Welt ist auf einem Weg in Richtung einer Erwärmung von 2,4 Grad. Und selbst bei den 2,4 Grad bleibt es nur dann, wenn die freiwilligen Verpflichtungen der Länder auch eingehalten werden. Bisher hat kein einziges Land kurzfristige Maßnahmen umgesetzt, um sich tatsächlich auf den Pfad der Klimaneutralität zu begeben. Es droht der massive Verlust unserer Lebensgrundlagen. Große Gebiete der Erde werden dann unbewohnbar. 2020 haben über 30 Millionen Menschen ihre Heimat durch Naturkatastrophen verloren. China und Indien fördern und verbrennen weltweit am meisten Kohle. Sie wollen erst nach 2050 klimaneutral werden. Im Jahr 2020 wurden weltweit 5,9 Billionen Dollar zur Subventionierung für fossile Brennstoffe gezahlt. Wir müssen die armen Länder des Südens dabei unterstützen, Ersatz für ihre Kohlekraftwerke zu schaffen. Die wohlhabenden Länder sollten ihr Versprechen der Klimafinanzierung über jährlich 100 Milliarden Dollar einhalten. Weltweit muß der Solarenergieanteil ver Hundertfacht werden. Der Ökologische Strukturwandel unserer Industriegesellschaft muß jetzt umgesetzt

werden. Ein Teil der Wirtschaft muß sich stark verändern. Und die neue Bundesregierung muß hier gegen die Bremser Fortschritte durchsetzen.

„Dieser langsame und schmerzhafteste Tod hat keine Würde. Sie könnten auch einfach unsere Inseln bombardieren, anstatt uns dieses Leid zuzufügen und Zeugen unseres allmählichen und schmerzhaften Verschwindens zu werden.“

Surangel Whipps, der Präsident der Palau-Inseln im Pazifik, auf der Klimakonferenz in Glasgow

Quelle: [https://www.deutschlandfunk.de/klimagipfel-von-glasgow-arme-laender-des-suedens-werden-an.720.de.html?dram:article\\_id=505071](https://www.deutschlandfunk.de/klimagipfel-von-glasgow-arme-laender-des-suedens-werden-an.720.de.html?dram:article_id=505071)

Obama, der 2015 entscheidend zum Erfolg des Abkommens von Paris beigetragen hatte unterstützte die Konferenz in Glasgow als Vermittler. Er sagte: „Jeder Sieg wird unvollständig sein, manchmal müssen wir für weniger gute Kompromisse einstehen.“ Den jungen Menschen sagte er: „Ihr dürft ruhig frustriert sein. Aber versucht diese Wut zu nutzen. Kämpft für mehr Klimaschutz.“

Quelle: FAZ, 9.11.21